

zu TOP .....



Mainz, 21.01.2026

## **Anfrage 0191/2026 zur Stadtratssitzung am 04.02.2025**

### **Auswirkungen von Linksterrorismus und sonstigen Gefahren auf die kritische Infrastruktur in Mainz**

Nach dem linksterroristischen Anschlag in Berlin, in dessen Folge 45.000 Haushalte mitten im Winter tagelang ohne Strom und Heizung blieben, stellt sich die Frage, wie gut Mainz auf solche Extremereignisse vorbereitet ist.

Der Schutz vor einem Ausfall der kritischen Infrastruktur ist wichtig. Ein Ausfall kann nicht nur durch einen linksterroristischen Anschlag wie jüngst in Berlin, sondern auch aufgrund anderer Ereignisse auftreten.

Hierzu fragen wir die Verwaltung:

1. Hat die Stadt Mainz Erkenntnisse über Bedrohungslagen oder Gefährdungen vergleichbar wie etwa durch die linksterroristische Vulkangruppe in Berlin?
  - a) Falls die Stadt keine eigenen Erkenntnisse hat, steht die Stadt in Kontakt zu anderen Behörden?
2. In welchem Kontakt steht die Stadt Mainz zum Landeskriminalamt, Nachrichtendiensten, dem BKA, der Landespolizei, dem Katastrophenschutz oder sonstigen Behörden oder Diensten, welche der Stadt diesbezügliche Erkenntnisse mitteilen, Warnungen zukommen lassen oder die Stadt bezüglich sinnvoller Maßnahmen beraten oder informieren?
  - a) Falls ja, welche Behörden sind dies und welche Erkenntnisse, Warnungen, Ratschläge oder Informationen wurden ausgetauscht?
  - b) Falls keine Erkenntnisse oder Kontakte bestehen: Bitte darlegen, weshalb die Stadt Gefährdungen durch Störereignisse oder gar terroristische Anschläge nicht betrachtet, um Gefahren möglichst einzugrenzen und zu minimieren.
3. Ist die Stadt auf einen plötzlichen Ausfall kritischer Infrastruktur vorbereitet? Wenn ja, wie? Wenn nein, weshalb nicht?  
Bitte aufschlüsseln nach Gruppen und insbesondere folgende Punkte bei der Beantwortung berücksichtigen:

Energieversorgung, Strom, Kraftstoff, Gas, Wasser, Abwasser, Kommunikation (hier insbesondere Telefon, Internet, Fernsehen, Radio) sowohl für Bürger und Unternehmen als auch für Behörden und Versorgungsunternehmen.

- a) Falls für eine solche Vorbereitung andere Behörden oder Einrichtungen etwa Landes- oder Bundesebene zuständig sind, bitte darlegen ob und wie eine Abstimmung, Zusammenarbeit oder Koordination mit der Stadt erfolgt.
4. Sind eventuell vorhandene Katastrophenschutzpläne aktuell? Wurden Katastrophenschutzpläne und Maßnahmen aufgrund sich ändernder Gefahrenlagen überarbeitet oder ist dies geplant? Falls ja, wann und wie, falls nein weshalb nicht?
5. Wie lange können mit technischem Gerät erwartbare Ausfälle in welchem Umfang kompensiert werden?
6. Gibt es dezentrale Strukturen wie Notstromaggregate, Wasseraufbereitungsanlagen oder dergleichen zur Versorgung der Bevölkerung? Wenn ja, in welchem Umfang? Wenn nein, weshalb nicht? Ist der Aufbau bzw. Ausbau solcher Strukturen geplant?
7. Für wie viele Personen sind Schutzräume welcher Art angelegt, vorbereitet oder geplant? Wurde diese Kapazität geplant oder wie kommt die Zahl der Plätze zustande?
8. Ist der Stadt Mainz bekannt oder hat die Stadt Erkenntnisse durch andere Behörden über die Tätigkeit von linksterroristischen oder mit diesen sympathisierenden bzw. diese unterstützenden Gruppen wie etwa der sogenannten Antifa, der „Migrantifa“ oder dergleichen mehr in Mainz?
9. Sieht die Stadt Bedarf für weitere Vorsorgemaßnahmen oder sind die aktuell bestehenden Maßnahmen aus Sicht der Verwaltung genügend?

Jürgen Wiedenhöfer  
Stadtratsmitglied

F. d. R. Benjamin Steiner  
Fraktionsgeschäftsführer